

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr.: 00/1000-4097/2022
---------------------------	---



<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtrat (Bekanntgabe)	20.01.2022	Ö

<p><i>Betreff</i></p> <p>Anfrage Stadtratsmitglieder Mack und Laier vom 14.01.2022 zu "Querdenken"-Versammlungen am 10.01. und 12.01.2022</p>

<p><i>Sachbearbeitende Dienststelle</i> FB Allgemeine Bürgerdienste</p>	<p style="text-align: right;"><i>Datum</i> 14.01.2022</p>
<p><i>Beteiligte Dienststelle/n</i></p>	
<p><i>Oberbürgermeister, Referats- bzw. Werkleitung</i> rechtsk. berufsm. Stadtrat Wolfgang Kleiner</p>	

Mitteilung:

zu 1. Spiegelstrich:

Hierzu teilt die Polizei mit: Am 10.01.2022 waren in der Innenstadt Würzburg zwei Versammlungen angezeigt. Bei diesen handelte es sich zum einen um eine Kundgebung der „Grünen Jugend“ am Unteren Markt mit dem Thema „Masken statt Aluhut“ und zum anderen um eine Eilversammlung des Bündnis 90/Die Grünen am Domvorplatz mit dem Thema „Gegen Verschwörungsideologien“. Im Bereich des Domvorplatzes kamen im Verlauf der Versammlung auch Personen aus dem Lager der Querdenker hinzu, die an der laufenden Versammlung, z. T. durch Meinungsäußerungen und mitunter kritischen Beiträgen teilnahmen. Vor diesem Hintergrund wurde keine eigene Versammlung gesehen. Die Teilnehmer der angemeldeten Versammlungen sowie die Personen aus der Querdenkerszene verließen über den kompletten Versammlungszeitraum hinweg immer wieder den Domvorplatz und verteilten sich in der näheren Umgebung bzw. wechselten zwischen den beiden Versammlungsorten. Personen aus beiden Lagern mussten von den Beamten mehrfach darauf hingewiesen werden, die vorgeschriebenen Abstände einzuhalten. Die Angesprochenen befolgten die Anordnungen und hielten die Beschränkungen weitgehend ein. Zu einer Verfolgung von Verstößen seitens der Polizei kam es nicht.

zu 2. Spiegelstrich:

Für den 12.01.2022 war von der Initiative "Eltern-stehen-auf-Würzburg" eine Versammlung in Form eines mobilen Aufzugs mit Anfangs- und Schlusskundgebung auf dem Unteren Markt angezeigt worden. Da der Untere Markt bereits durch eine andere, zuvor angezeigte Versammlung belegt war, wurden verschiedene Alternativstandorte mit dem Veranstalter besprochen. Nicht innenstadtintegrierte Versammlungsorte schloss er kategorisch aus. Die Versammlung wurde schließlich im Rahmen eines Erörterungsgesprächs und nach Rücksprache mit der Polizei den Bahnhofplatz gelegt. In den Versammlungsbescheid wurde als Beschränkung das Verbot aufgenommen, bei der Versammlung Symbole, Kleidungsstücke oder Kleidungsergänzungen zu verwenden, welche als "Gelber Stern" an die Zwangskennzeichnung von Jüdinnen und Juden während

des nationalsozialistischen Regimes erinnern. Auch Abwandlungen dazu, wie „Gelbe Punkte“ oder „Gelbe Vierecke“ oder Ähnliches, die unter Zufügung oder Ersetzung des Worts "Jude" oder durch andere Wörter wie z. B. "nicht geimpft" oder "ungeimpft" oder sonstigen Aussagen, die eine Gleichsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen mit der Verfolgung der Juden durch dieses Regime nahelegen, waren untersagt. Dies galt auch für Parolen und Schriftzüge auf sonstigen Kundgebungsmitteln, die eine Gleichsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen mit der Verfolgung der Juden durch dieses Regime nahelegen.

Grundsätzlich sieht die Stadt den DenkOrt Deportation als besonders schützenswertes Denkmal an. Ein „befriedeten Bezirk“ – oder (wie früher eine „Bannmeile“) – stellt das Gebiet rund um den DenkOrt Deportation im versammlungsrechtlichen Sinne jedoch nicht dar.

Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) werden berührt:

Ja

Nein

Bei „Ja“ ergänzende Informationen, wie die Belange berücksichtigt werden/wurden:

Relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung:

Ja

Nein

Bei „Ja“ ergänzende Erläuterungen:

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

14. Jan. 2022

Bezeichnung:	"Querdenken"-Versammlungen am 10.01. und 12.01.2022
von:	Mack, Konstantin Laier, Magdalena
Datum:	14.01.2022, 7:16
Beratung:	Stadtrat (Beantwortung im Gremium - öffentlich)

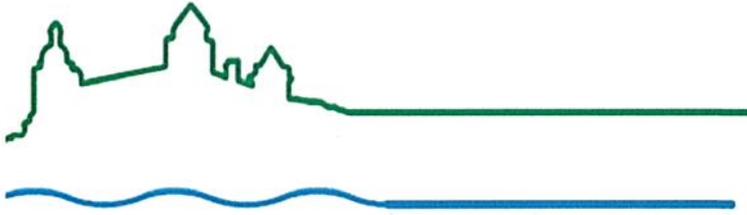
Begründung:

Anlagen:

Werden Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) berücksichtigt?:
Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Hat der Vorschlag relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung?:
Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Einreicher:	<i>Konstantin Mack</i>
--------------------	------------------------



Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus · Rückermannstraße 2 · 97070 Würzburg

Stadt Würzburg
Herrn Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Rückermannstraße 2

Würzburg, 13.01.2022

„Querdenken“-Versammlungen am 10.01. und 12.01.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Für die Stadtratssitzung am 20.01.2022 stellen wir folgende Fragen:

- Wurde die Ansammlung von Personen aus dem „Querdenken“-Lager, die sich am 10.01.22 rund um eine Versammlung der GRÜNEN JUGEND Würzburg außerhalb der Versammlungsfläche gruppierte, als Versammlung im Sinne des Art. 8 GG gewertet?
 - Falls ja: wurde durch die Polizei die Einhaltung der in der Allgemeinverfügung vorgeschriebenen Maskenpflicht bei spontanen, stationären Versammlungen kontrolliert? Falls ja: konnten Verstöße festgestellt werden? Falls nein: warum nicht?
 - Falls nein: wurden durch die Polizei eventuelle Verstöße gegen die Kontaktbeschränkungen kontrolliert? Falls ja: konnten Verstöße festgestellt werden? Falls nein: warum nicht?

Am 12.01.2022 fand eine Kundgebung der „Querdenken“-Bewegung am Hauptbahnhof direkt neben dem DenkOrt Deportationen statt.

- Weshalb wurde die Versammlung durch die Stadt Würzburg dort zugelassen und nicht etwa an eine andere Stelle (z.B. Mainwiesen) verlegt, obwohl bekannt ist, dass es auf diesen Versammlungen immer wieder zu antisemitischen Ausfällen kam? So demonstrierte „Querdenken“ bereits am 29. Oktober 2021 mit abgewandelten gelben Sternen vor dem DenkOrt.

Wie bewertet die Stadt Würzburg ihr eigenes Handeln in Bezug auf den Respekt vor den Opfern des Nationalsozialismus?

Wir bedanken uns schon im Vorfeld für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Konstantin Mack
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen

Magdalena Laier
Stadträtin
Bündnis 90 / Die Grünen